



# „Info“-Brief des Ev. Pfarrvereins im Rheinland

Nr. 8/Oktober 2004

## **Inhalt**

Dokumentation	<b>2</b>
Subjektiver Bericht eines Landessynodalen – 2004	<b>5</b>
Wartestand – eine Lebenssituation zwischen Depression und Hoffnung	<b>10</b>
Neue Mietwertfest- setzungen	<b>11</b>
Leserbrief zum Thema Sparen	<b>11</b>
Einladung zum 35. Rhein. Pfarrerinnen- und Pfarrertag	<b>12</b>
75%-Stelle – Warum bewerbe ich mich darauf?	<b>14</b>
Ermutung für den Pfarrdienst	<b>15</b>
Eine kleine Rechnung	<b>18</b>
Werbung für den Pfarrverein	<b>18</b>
So erreichen Sie die Vorstandsmitglieder	<b>19</b>
Werden Sie doch einfach Mitglied!	<b>20</b>
Impressum	<b>9</b>

Wir freuen uns, Ihnen im Herbst dieses Jahres eine neue Ausgabe unseres Info-Briefes zusenden zu können – die erste und einzige Ausgabe in diesem Jahr! Vielleicht haben Sie schon lange darauf gewartet...

Im Vorstand haben wir den Erscheinungstermin immer wieder verschoben, weil wir Entwicklungen abwarten und möglichst aktuell berichten wollten. Außerdem ist die Zusammenstellung des Info-Briefes und der Versand immer mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden, der unter den Beteiligten koordiniert werden muss. Nun ist es aber endlich so weit.

In dieser Ausgabe können Sie nachlesen, was sich im Laufe des Jahres angesammelt hat. Jeder Artikel für sich ist lesenswert und hat seine besondere Aussage. Im Vorstand haben wir uns natürlich noch mit vielen anderen Themen beschäftigt – leider manchmal auch wenig erfreulicher Art. Über die Vorstandsarbeit insgesamt wird der Vorsitzende, Friedhelm Maurer, auf der Mitgliederversammlung am 8. November in Bonn berichten.

Auf den Rhein. Pfarrerinnen- und Pfarrertag sei hier schon ausdrücklich hingewiesen – Sie sind herzlich eingeladen. Einladung und Programm finden Sie in dieser Ausgabe. Nutzen Sie dieses Forum zum Austausch und zur Begegnung und mischen Sie sich in die Vertretung der Interessen unserer Berufsgruppe aktiv ein.

Insgesamt ist festzustellen, dass das Klima für alle Mitarbeitenden in der Kirche rauer wird – weniger aus fehlender Akzeptanz in der Gesellschaft heraus, mehr bedingt durch die binnenkirchlichen Entwicklungen. Die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz breitet sich aus. In weiten Teilen der Wirtschaft ist sie verbreitet und belastet die Menschen, verhindert einen unvoreingenommenen Umgang der Arbeitenden untereinander, macht aus Kollegen Konkurrenten. Diese Symptome klingen nun auch in der Kirche an. Viele wagen nicht mehr den Mund aufzumachen und berechnete Interessen zu äußern – man weiß ja nie, ob es nicht doch irgendwann einmal auf einen zurückschlägt... Ob das ein Klima erzeugt, in dem man sich für andere Menschen einsetzen kann – für Belastete, für Enttäuschte, für Gescheiterte und Benachteiligte? Ob unter diesen Bedingungen die Freiheit, die Gottes Geist uns schenkt, eine Überlebenschance hat?

„Wenn der Herr nicht das Haus baut, so arbeiten umsonst, die daran bauen“ (Ps 127, 1). Diese Einsicht müssen wir wohl ganz neu verinnerlichen und in unserer Arbeit umsetzen – auf allen Ebenen.

*Ihr Redaktionsteam*

## Dokumentation

In der Ausgabe Nr. 7/Dezember 2003 hatten wir über die bevorstehende Veröffentlichung einer neuen Urlaubsregelung berichtet (S. 3 u. 4). Auf die im Dezember-Amtsblatt 2003 erfolgte Veröffentlichung hat der Vorstand mit einem Schreiben an die Kirchenleitung reagiert. Zur Information unserer Mitglieder veröffentlichen wir hier das Schreiben von EPiR (1.) vom 19. Dezember 2003, das Peter Stursberg im Auftrag und mit Absprache im Vorstand verfasst hat. Außerdem geben wir den Inhalt des Antwortschreibens der Abteilung I, Frau Rösgen, (2.) vom 02. Februar 2004 wieder.

*Friedhelm Maurer, Vorsitzender*

### 1. Schreiben von EPiR

*Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Schneider, im Amtsblatt für Dezember 2003 ist die o. a. Verordnung veröffentlicht. Die ab 1. Januar 2004 wirksam werdenden Veränderungen waren bereits auf dem Rhein. Pfarrerinnen- und Pfarrertag am 3. November 2003 in Bonn angekündigt worden. Hier wurde den Anwesenden durch Herrn OKR Dembek mitgeteilt, dass ab dem nächsten Jahr zwei Arbeitszeitverkürzungstage gestrichen werden sollen, die in die bis dato geltende Urlaubszeit hineingerechnet seien. Als Begründung wurde angegeben, dass bei den Beamtinnen und Beamten bereits der zweite Verkürzungstag gestrichen und die Arbeitszeit erhöht worden sei. Es handle sich hierbei also um eine Angleichung. Eine gleichlautende Auskunft war aus dem Verwaltungsbereich des LKA bereits vorab fernmündlich erteilt worden.*

*Bei näherer Beschäftigung mit der Verordnung ergeben sich aus unserer Sicht doch einige Unklarheiten, die wir Ihnen auf diesem Wege mit der Bitte um Klärung mitteilen wollen. In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass aus allen Teilen unserer Landeskirche viel Unmut von Kolleginnen und Kollegen über die vorgenommene Urlaubskürzung an den Vorstand des Pfarrvereins herangetragen wird, den wir Ihnen auf diesem Wege auch weitergeben wollen. Es wurde*

*verschiedentlich gefragt, ob sich in solch einem Vorgehen seitens der Kirchenleitung die „Kultur der Wertschätzung“ ausdrücke.*

*1. Zunächst ist festzustellen, dass die Arbeitszeitverkürzung der Beamtinnen und Beamten nicht über die Erholungsurlaubsverordnung (EUV § 5, Abs. 2) geregelt wird, sondern über die Arbeitszeitverordnung (AZVO § 2a). Die 2003 noch geltende Arbeitszeitverkürzung war nicht nach Lebensalter gestaffelt. Den bisher immer erwähnten Zusammenhang zwischen AZV-Tag und Urlaubskürzung können wir daher nicht erkennen.*

*2. Ziel der jetzt erlassenen Verordnung scheint vielmehr zu sein, die Urlaubsverordnung der Pfarrerinnen und Pfarrer derjenigen anzugleichen, die für die Beamtinnen und Beamten gilt. Dieser Schluss liegt nahe, da nun erstmals eine Staffelung nach Lebensalter vorgenommen wird, die sich auch in der EUV findet. Für die Kolleginnen und Kollegen bis zum 30. Lebensjahr fallen allerdings nicht – wie bisher immer behauptet – **zwei** Urlaubstage weg, sondern **fünf** – Kürzung von 42 auf 37 Urlaubstage!*

*3. Aufgrund der jetzt getroffenen Regelung kommt es zu einer Angleichung zumindest hinsichtlich der Lebensaltersgruppen:*

Staffelung	Pfarrerinnen/Pfarrer	Beamte/Beamtinnen <sup>1</sup>
<b>1. Vor Vollendung des 30.</b>	<b>37 Kalendertage = 5 Wochen</b>	<b>26 Arbeitstage = 5 Wochen plus 1 Arbeitstag</b>
<b>2. Vor Vollendung des 40.</b>	<b>41 Kalendertage = 5 Wochen plus 6 Tage</b>	<b>29 Arbeitstage = 5 Wochen plus 4 Arbeitstage</b>
<b>3. Nach Vollendung des 40.</b>	<b>42 Kalendertage = 6 Wochen</b>	<b>30 Arbeitstage = 6 Wochen</b>

*Sollte der Ansatzpunkt gewesen sein, Gleichheit zwischen Pfarrerinnen und Pfarrern sowie Beamtinnen und Beamten herzustellen, so ist dieses Ziel verfehlt, da die tabellarische Gegenüberstellung immer*

<sup>1</sup> Angaben nach EUV 765, Rechtssammlung EKIR, Neuauflage 2002.

noch Unterschiede in beide Richtungen aufweist.

Unberücksichtigt bleibt außerdem, dass sich die Urlaubszeit der Pfarrerinnen und Pfarrer nach Kalendertagen bemisst. Die Nutzung der sog. „Brückentage“ zur Verlängerung des Urlaubs ist daher nicht möglich. Beispiel: Fällt ein Feiertag auf einen Donnerstag, hat der **Kirchenbeamte** oder die **Kirchenbeamtin** unter Nutzung des Feiertages und **Einsatz eines Urlaubstages** ab Mittwochnachmittag frei. **Pfarrer und Pfarrerinnen** müssen für denselben Zeitraum hingegen **vier Urlaubstage** einsetzen. Von Gleichsetzung kann man da wohl kaum sprechen.

4. Des weiteren sind die gesetzlichen Feiertage nicht berücksichtigt, an denen Beamte und Beamtinnen frei haben. Dies sind im Bereich unserer Landeskirche insgesamt 11 Tage (Hessen 10, Saarland 12). Sollen diese Tage von Dienstverpflichtungen freigehalten werden – dazu gehört ja auch die Rufbereitschaft im Blick auf eventuell anstehende Beerdigungen oder sonstige pfarramtliche Verpflichtungen –, müssen Pfarrerinnen und Pfarrer hierfür Urlaub aufwenden. Selbst wenn man § 1, Abs. 1, Satz 1 so auslegt, dass der freie Tag nicht zur Urlaubszeit hinzugechnet wird, die Urlaubswoche also nur mit 6 Kalendertagen berechnet wird, ergeben sich auf den Gesamturlaubsanspruch gerechnet nur 6 zusätzliche Urlaubstage.

5. Diese Ungleichheit könnte dadurch aufgehoben werden, dass ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass die zwei Tage pro Woche nach § 50 PfdG – insgesamt 14 Tage im Kalenderjahr – auch in Zusammenhang mit Erholungsurlaub genommen werden können.

6. In diesem Zusammenhang halten wir es für erwähnenswert, dass die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten geregelt und zeitlich festgeschrieben ist. Für Pfarrer und Pfarrerinnen gibt es solch eine Regelung nicht. Das bedeutet unter anderem

auch, dass ein Mehrarbeitsausgleich (§ 3 AZVO) nicht vorgesehen ist. Viele Kolleginnen und Kollegen nehmen z. B. nach einem Konfirmandenwochenende von Freitag bis Sonntag montags ganz regulär ihren Dienst wieder auf. Im Raum steht jetzt unvermittelt der Eindruck, dass hier in der Tat eine Urlaubsverkürzung vorgenommen wird. Die finanziellen Einbußen, die über die Jahre hinweg von den Pfarrerinnen und Pfarrern bereits hingenommen werden mussten, sollen hier gar nicht erwähnt werden. Wenn jetzt aber auch aus für uns unklaren Motiven heraus in die notwendige Erholungszeit eingegriffen wird, muss die Kirchenleitung damit rechnen, dass Kolleginnen und Kollegen ihr vielfältiges, auch zeitliches Engagement über den regulären Dienst hinaus, z. B. in der Notfallseelsorge oder durch Mitarbeit in kreiskirchlichen und kommunalen Gremien etc., auf den Prüfstand stellen und gegebenenfalls einschränken.

7. Noch nicht einmal ansatzweise ist zu erkennen, dass sich durch die Streichung von zwei bzw. fünf Urlaubstagen eine Einsparung an landeskirchlichen Haushaltsmitteln erreichen lässt. Wenn es so wäre, könnte man den Erlass dieser Verordnung wenigstens besser einordnen, obwohl wir demgegenüber dennoch unsere Bedenken erheben würden. Was im pfarramtlichen Dienst während der Urlaubszeit unerledigt bleibt, muss durch den Amtsinhaber vor oder nach dem Urlaub aufgearbeitet werden. Vertretung bei Gottesdiensten und Amtshandlungen wird durch Kolleginnen und Kollegen auch jetzt schon unentgeltlich geleistet.

Halten wir uns diese Auflistung von Fragen und Unklarheiten vor Augen, können wir auf die von der Kirchenleitung jetzt getroffene Regelung nur mit Unverständnis reagieren. Der Anlass für die neue Verordnung bleibt weiterhin unklar. Außerdem halten wir es nach wie vor für äußerst beschwerlich, dass Regelungen, die Pfarrer und Pfarrerinnen betreffend, durch die Kirchenleitung sozusagen in einem „hoheitlichen Akt“ verfügt werden – ohne Klä-

rung im Vorfeld mit einer legitimierten Vertretung und vor allem auch ohne weitere Hintergrundinformation für die Betroffenen, z. B. ein erläuterndes Schreiben. Für die anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kirche ist dies als Pflicht des Dienstgebers im Mitarbeitervertretungsgesetz rechtlich verankert (§ 34). Wir bedauern, dass von den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in unserer Kirche die Notwendigkeit einer Mitarbeitendenvertretung für die Pfarrerrinnen und Pfarrer bislang nicht anerkannt und im Blick auf die Dienstverhältnisse in unserer Kirche weiterhin mit zweierlei Maß gemessen wird. Somit bleibt uns nichts anderes übrig, als im Nachgang zu reagieren und einen entsprechend aufwändigen Schriftwechsel zu initiieren. Zufriedenheit und eine Motivationssteigerung bei den Pfarrerrinnen und Pfarrern wird die Kirchenleitung mit diesem Vorgehen sicherlich nicht erzielen. Im Hinblick auf die verstärkte Werbung für das Theologiestudium und den Pfarrberuf wirken solche Entscheidungen äußerst kontraproduktiv. Sollten diese Werbemaßnahmen tatsächlich mit Ernsthaftigkeit betrieben werden, dann wären Pfarrerrinnen und Pfarrer als Multiplikatoren anzusehen. Wie werden sie diese Aufgabe unter den derzeit herrschenden Bedingungen wohl wahrnehmen?

Wir bitten Sie in der guten Hoffnung, dass seitens der Kirchenleitung kein Interesse daran besteht, Pfarrerrinnen und Pfarrer sowohl im Blick auf ihre Arbeit als auch hinsichtlich der dafür aufgewendeten Zeit zu benachteiligen, den aufgezeigten Unklarheiten nachzugehen und die veröffentlichte Verordnung noch einmal zu überarbeiten. Für klärende Gespräche steht der Vorstand des Pfarrvereins selbstverständlich gerne zur Verfügung.  
Mit freundlichem Gruß  
Peter Stursberg

## **2. Antwortschreiben der Abteilung I im LKA, Frau Rösgen - Inhaltsangabe**

Das Schreiben von EPiR wurde durch den Präses der zuständigen Abteilung zugeleitet, die mit der Beantwortung beauftragt wurde.

Zunächst wird dargelegt, dass die Neuregelung des Urlaubs eine Folge der gestrichenen AZV-Tage bei den Beamtinnen und Beamten sei. Zum 1. Januar 1991 sei der Urlaub für Pfarrerrinnen und Pfarrer um zwei Tage verlängert worden, weil die Beamtinnen und Beamten damals zwei AZV-Tage bekommen hatten. Als den Beamtinnen und Beamten Mitte der neunziger Jahre ein AZV-Tag gestrichen wurde, habe man versäumt, die Regelung auf die Pfarrerrinnen und Pfarrer zu übertragen. Nachdem nun auch der zweite Tag weggefallen sei, habe man auch für die Pfarrerrinnen und Pfarrer eine Neuregelung herbeigeführt. Dies gelte auch für die dreigeteilte Staffellung.

Im Blick auf die Abweichungen, die sich aus der tabellarischen Aufstellung ergeben, wird mitgeteilt, dass in der Berechnung fünf Wochentage auf sieben Wochentage umgerechnet worden seien. Dabei seien Aufrundungen vorgenommen worden, die sich gerade in der zweiten Stufe vorteilhaft auswirkten.

Der Hinweis auf die „Brückentage“ wird als „stark überzogen“ empfunden. Schließlich hätten auch nicht alle Beamtinnen und Beamte an einem Feiertag frei. Außerdem gebe es die Regelung nach § 48 Abs. 2 PfdG; dennoch sei bei der Umrechnung von einer Sieben-Tage-Woche ausgegangen worden.

Auf die anderen Punkte des EPiR-Schreibens wird nicht eingegangen, da sie aus Sicht der Abteilung „den rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten nicht gerecht werden“.

Die Argumentation im EPiR-Schreiben wird als befremdend empfunden. Es werde völlig ausgeblendet, „dass die von Ihnen beklagten Maßnahmen ... **alle** in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis Stehenden betreffen“. Von Beamtinnen und Beamten seien „...derartige Reaktionen nicht einmal ansatzweise zu erkennen“.

## **Subjektiver Bericht eines Landessynodalen zu „frag-würdigen“ Entscheidungen auf der Landessynode der EKIR 2004**

Bloß nicht depressiv werden - von den Finanzen.

Es fing an mit dem Bericht des Präses. In der Aussprache frage ich nach, warum nicht auch von der finanziell katastrophalen Lage vieler Gemeinden berichtet wurde. Ich verstehe meine Nachfrage auch als Hilferuf, angesichts äußerst schwieriger Sparprozesse in unserer Gemeinde. In Essen brechen uns in diesem Jahr durch weniger Kirchensteuerzuweisung, Kürzungen des Landes NRW im Kindergartenbereich und Erhöhung des Trägeranteils die Gelder dramatisch weg.

Der Präses antwortet, er wolle die Sachen nicht so dargestellt wissen, dass man dabei in Depression verfallt, er gesteht aber zu, dass diese Kirche keine Instrumentarien in der Hand habe, mit diesen Problemen umzugehen. Ich denke mir, diese Aussage wäre berichtenswert gewesen, verbunden mit dem Auftrag gemeinsam nachzudenken, was zu tun ist.

Die EKIR ist mittlerweile selbst in einer Situation schleichender Massenentlassungen, auch wenn das nicht gerne öffentlich gesagt wird, dabei sind wir als Arbeitgeber selbst mit hineinverwoben in all die widersprüchlichen Prozesse, die damit verbunden sind. Gut gemeinte sozialpolitische Appelle aus kirchlichem Munde klingen unglaubwürdig, wenn sie nicht selbstkritisch benennen, dass auch wir als Kirche uns hier nicht die Hände in Unschuld waschen können. Zur Zeit laufen diese Prozesse meist noch unauffällig in der Vereinzelung von Gemeinden und kirchlichen Anstellungsträgern ab, die damit oft überfordert sind. Es wäre eine Umfrage in dieser Landeskirche wert zu klären, wie viele Menschen in Kirche und Diakonie allein im Jahr 2004 auf Grund der finanziellen Entwicklungen entlassen werden müssen.

Ich stelle auf der Synode einen Initiativantrag „Sanierungsteams“ mit theologischer, juristischer und betriebswirtschaftlicher Kompetenz zu bilden, die Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen beratend in diesen

schwierigen Umbruchprozessen zur Seite stehen. Die Kirchenleitung wurde beauftragt sich dieser Anfrage anzunehmen. In diesem Zusammenhang stellt sich heraus, dass die EKIR mit noch über 3 Mio. Mitgliedern und einem Gesamthaushalt von über 540 Mio. Euro keinen einzigen Betriebswirt im Landeskirchenamt beschäftigt hat. Bisher leiten Juristen/innen und Theologen/innen die finanziellen Geschicke dieser Kirche. Wäre nicht gerade hier die Idee eines „geteilten Amtes“ glaubwürdig umzusetzen und das Zusammenspiel verschiedener Kompetenzen zu verwirklichen?

### **Das geschnürte Paket – von Ordination und Amt**

Im Theologischen Ausschuss waren dann gewichtige Themen wie Ordination und Amt zu verhandeln. Seit über sechs Jahren wurde hier ein Papier geschnürt, welches kaum noch Widerspruch vertrug. Die Claims waren abgesteckt, ein vielleicht nötiger Bekenntnisvorbehalt wäre Gefahr gelaufen zwischen Lächerlichkeit und Verständnislosigkeit unterzugehen. Ich fragte nach, warum es nicht möglich ist, dieses Thema gemeinsam in der EKD zur Klärung zu bringen, um danach rechtliche Konsequenzen für die eigene Landeskirche abzuleiten. Mir wurde gesagt, wir müssten eine eigene Gegenposition zum Papier der VELKD formulieren. Ich verstehe nicht, wie weit es in dieser unierten Kirche gekommen ist. Bisher war ich der Meinung, auch das lutherische Erbe gehört zu unserem gemeinsamen Schatz. Unverständlich bleibt auch, warum im Maximum 23 Landeskirchen sich erst ihr eigenes Ordinations- und Amtsverständnis zurechtstricken müssen, um dann auf EKD-Ebene die Fäden wieder zu entwirren, um zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Das hat etwas von innerkirchlicher Selbstbeschäftigung und Kultivierung eigener Profile. Das Papier wird fast einstimmig angenommen. Ich enthalte mich und benenne es um: „Ordination und Amt nach rheinischem Verständnis“. Wie weit unsere Verlautbarung evangelisch ist, haben die Konsultationsprozesse mit den anderen evangelischen Kirchen zu klären. Ob es eine Hilfe sein wird, im ökumenischen Gespräch besser verstanden zu werden, wie behauptet,

erscheint mir besonders fragwürdig. Mein katholischer Kollege im Dorf meinte dazu nur, jetzt bekommen die katholischen Kräfte wieder Oberwasser, die der evangelischen Kirche schon immer unterstellen, sie hätten kein richtiges Amtsverständnis. Und ist nicht gerade diese Frage der Knackpunkt?

### **Das zerteilte Amt – Operation durch Krankenschwester möglich**

Die Konsequenz des Grundsatzpapiers zu Amt und Ordination führte systemimmanent zum großen Projekt „geteiltes Amt“. Während im Bereich von Strukturveränderungen sowie zur Frage der Hauptamtlichkeit des Superintendenten große Meinungsbildungsprozesse in den Gemeinden und Kreissynoden gelaufen sind, wurde die nicht minder gravierende Frage der dauerhaften Ermöglichung eines geteilten Amtes nicht auf diesem Wege geklärt, sondern in drei Modellgemeinden erprobt, im Landeskirchenamt positioniert und auf der Synode zur Abstimmung gestellt.

Leitgedanke ist dabei der Versuch, eine Integration des Pfarramtes ins gesamte Mitarbeitergefüge zu erreichen - im Glauben, eine hierarchiefreiere Zuordnung von Berufen und Ämtern zu ermöglichen. Gedacht war ursprünglich an einen Mix aus Theologe/in, Diakon/in, Pädagoge/in, Sozialarbeiter/in und Verwaltungsangestellte/n, wobei sich „jeder und jede Mitarbeitende versteht als theol. und seelsorgerl. Ansprechpartner bzw. Ansprechpartnerin im Bezirk.“ Ich erfahre, dass die Auswahl der Berufsgruppen sich etwas modifiziert hätte, aber die Ideologie, die hinter diesem Projekt steckt dennoch die gleiche bleibt. Sie arbeitet mit dem ständigen Verdacht, die angebliche Machtfülle des Pfarramtes müsste noch mehr geteilt bzw. zerteilt werden, damit es möglichst ‚herrschaftsfrei‘ und ‚gleichwertig‘ zugeht. Hier verschmilzt in eigenartiger Weise reformiertes Erbe mit der Ideologie der 68er. Erstaunlicherweise laufen die Diskussions- und Entscheidungsprozesse dabei gar nicht so herrschaftsfrei ab, wie es von der Theorie her sein müsste. Menschen, die gegen das geteilte Amt argumentieren, werden im Plenum mit der Diagnose „Angst“ öffentlich therapiert oder zwischen den Zeilen gemäßregelt. Es wird ihnen Pfarrherrlichkeit

unterstellt oder berechtigte Anfragen als Missverständnis abgetan. Die Synode beschloss dieses Modell zur Dauereinrichtung zu machen, immerhin mit allerlei Gegenstimmen und Enthaltungen.

Mit diesem Beschluss sind gewichtige Fragen zu klären z.B.: gleiche Gehälter, gleiche Urlaubszeitregelung, gleicher Freizeitausgleich, gleiche Residenzpflicht für alle Mitarbeitende und Pfarrer/innen? Wenn schon hier auf Gleichwertigkeit gesetzt wird, dann konsequent. Dann spätestens jetzt auch die längst nötige Mitarbeitervertretung für Pfarrer/innen, die bisher in dieser Synode mit großen Mehrheiten verweigert wird. Dann spätestens jetzt eine Neuregelung der Residenzpflicht und ein Ende mancher Dienstwohnungsregelungen, die zunehmend in finanzielle Misere führen. Dann spätestens jetzt ein Ende des Systems der Pfarrbesoldungspauschale, damit den Gemeinden keine Overheadkosten aufgebürdet werden, die bei den anderen Berufsgruppen nicht mit zu tragen sind. Zu klären wäre auch, in wie weit dieser Beschluss für die Funktionspfarrämter Konsequenzen hat.

Mir erscheint auch unter dem Aspekt der Profession das geteilte Amt weiterhin kein verheißungsvoller Weg. Welcher Patient würde sich von einer Krankenschwester operieren lassen? Welcher Betrieb würde sich vor Gericht von einem Menschen mit gesundem Rechtsempfinden vertreten lassen? Die einen gehen zum Arzt, die anderen zum Juristen und die Gemeindeglieder bei theologischen und seelsorgerlichen Fragen, vielleicht doch eher zum ungeteilten Pfarrer, zur ungeteilten Pfarrerin.

### **Ungeklärte Ziele – klare personalpolitische Weichenstellungen**

Das nun beschlossene geteilte Amt als gemeinsame Teilhabe am pastoralen Dienst, wurde auch vom anwesenden theologischen Nachwuchs aufmerksam verfolgt. Wer lässt sich da noch für den pastoralen Dienst 10-12 Jahre ausbilden, wenn andere Berufsgruppen fast ähnliches in wesentlich kürzerer Zeit erreichen können? Die Grundsatzfrage hinter dieser Entwicklung lautet, welche Perspektive hat der Pfarrberuf in dieser Kirche noch? Manch einer träumt in Zukunft vielleicht von

gut ausgebildeten Theologen/innen, die aus Gründen von Nachwuchs- und Geldmangel demnächst ganze Regionen mit ihrer Kompetenz versorgen werden, was vielleicht eher reformierter Prägung entspricht. Andere halten am Berufsbild vom einem eher ganzheitlich verstandenen Pfarramt fest, was vielleicht eher einer lutherischen Tradition zugeordnet werden kann. Beide Modelle haben Licht- und Schattenseiten. Was zum jetzigen Zeitpunkt jedoch fehlt, ist eine offene Diskussion über die von dieser Landeskirche gewünschten Ziele des Pfarrberufes. Stattdessen werden mit den Beschlüssen dieser Landessynode fragwürdige personalpolitische Weichenstellungen vorweggenommen. Die neue Kirchenordnung, der Beschluss zu Ordination und Amt und erst Recht das geteilte Amt sind Positionierungen, deren Einseitigkeit im Blick auf den Pfarrberuf wenigen bewusst ist.

Dazu kommen noch so widersprüchliche Beschlüsse wie die Verschiebung der Ordination für Pfarrer/innen z.A. um ein Jahr, während sie an anderer Stelle fast schon inflationäre Anwendung findet. Auch das sogenannte Zehn-Jahresgespräch, welches im letzten Jahr unter dem Arbeitstitel „Rat zum Stellenwechsel“ diskutiert und beschlossen wurde, erweist sich jetzt schon als Instrument möglicher Pfarrstelleneinsparung in Gemeinden, wie es demnächst auch beim geteilten Amt wahrscheinlich wird, erst Recht, wenn die Pfarrbesoldungspauschale in ihrer bisherigen Art bestehen bleibt. Den Gemeinden werden Gemeindekonzeptionen abverlangt, der Landessynode täte gleiches gut. Es fehlt eine in offener Auseinandersetzung entwickelte personalpolitische Gesamtkonzeption, wenn möglich nicht allein erarbeitet in den Ritualen der zuständigen ständigen Ausschüsse und Abteilungen, sondern in neu gemischten Arbeitsgruppen, wie es auf der Sparsynode 2003 erfrischend erlebt werden durfte.

### **Das Pfarrbild – der Lack ist ab**

Der Präses gestand in seinem Schlusswort zu, dass wir auf der Landessynode über den schönen Pfarrberuf bald reden müssten. Hoffentlich nicht erst, wenn vieles schon zu spät ist. Bei der Diskussion zum Pfarrbild im Blick auf die Funktionspfarrstellen machte Oberkirchenrat Jürgen Dembek bei der Vorbereitung der Synode in Düsseldorf darauf aufmerksam, dass die Zahlen im vorgelegten Entwurf nicht mehr stimmen würden. Von einst 475 Funktionspfarrstellen gäbe es heute 561 (einschließlich Teilzeitstellen), während die Gesamtzahl der Pfarrstellen gefallen ist von 2059 auf 1430!

Gibt es einen anderen Berufsstand in unserer Kirche, der sich selbst so stillschweigend abbaut? Wo und wer reflektiert hier auch theologisch, was diese erdrutschartigen Veränderungen, die vor allem zu Lasten der Gemeindepfarrämter gehen, für das Wesen und die Zukunft unserer Kirche aussagen? Es ist an der Zeit, die Pfarrbilddiskussion dringend fortzusetzen, bevor der Lack in dieser Profession ganz ab ist. Es kann doch nicht gewollt sein, dass der fehlende Nachwuchs weiter mit den Füßen abstimmt bis wir eventuell einmal andere Beschlüsse fassen, die diesen Beruf nach Jahren der Demontage wieder stärken. Auch die finanziellen Einbußen dieses Berufsstandes, die in den letzten Jahren stillschweigend hingenommen wurden, sind zum Thema zu machen. Gerade im Bereich der massiv angewachsenen Teilzeitstellen entwickeln sich Schief lagen, die nicht mehr länger zu verantworten sind.

Wir brauchen m.E. in unserer Kirche weiterhin ermutigte Pfarrer/innen, die mit engagierter, innovativer, teamfähiger, weltoffener, theologisch fundierter und frommer Arbeit ihren Beitrag für diese Kirche leisten. Es ist erstaunlich, wie viele das trotz allem immer noch mit enorm hohen Engagement tun. Ich befürchte nur, dass wir an einem Punkt angelangt sind, der mehr ist als nur eine Schmerzgrenze.

### **Apokalypse now – vom fatalen Hauptamt**

Die verdeckt geführte theologische, wie auch ideologische Debatte kulminierte auf der Synode schließlich bei der Diskussion um den hauptamtlichen Superintendenten. Manch einer

äußerte laut seine Sorge, dass mit der Zustimmung zum Hauptamt sich das Wesen der rheinischen Landeskirche in „fataler Weise“ verändern würde. Ich dachte mir, hoffentlich ist kein Gast aus der westfälischen Kirche anwesend, wie müsste ihm diese Diskussion vorkommen? Worum geht es eigentlich? Doch nur um das, was vorhin beim geteilten Amt mit großer Mehrheit beschlossen wurde, um die Ermöglichung einer Möglichkeit, die für unsere Kirche innovativ wäre. Es sollte den Kreissynoden in ihrer Eigenständigkeit und Weisheit das Recht zugebilligt werden, sich das Instrument der Hauptamtlichkeit offen zu halten, falls z.B. bei fusionierten Kirchenkreisen dieses im Bereich verantwortlicher Kirchenleitung auf mittlerer Ebene sinnvoll erscheint. Ich freue mich, dass immerhin 99 Synodale der Ermöglichung zugestimmt haben und immerhin 56% der Presbyterien sich das vorstellen könnten, während 117 Synodale noch anderer Meinung waren. Am Tag danach wurde ungewöhnlich schnell Bereitschaft signalisiert, eine Entlastung der abgestimmten Nebenamtlichkeit auch finanziell verlässlich zu gewährleisten. Wir dürfen gespannt sein auf wessen Kosten dieser Prozess ausgetragen wird. Der neue Typus des/der Entlastungspfarrer/in zeichnet sich jetzt schon als eine Schwachstelle ab. Ich vermute, die Frage wird uns bald wieder beschäftigen, ob man weiterhin der Meinung ist, alle Kirchenkreise können die zukünftigen Fragen allein mit Nebenamtlichkeit regeln? Die betroffenen Menschen werden mehr denn je zerrieben werden zwischen den wachsenden Anforderungen auf mittlerer Ebene und den weiterhin bestehenden Erwartungen und Enttäuschungen in den Gemeinden vor Ort. Die Angstmacher vor zu viel pastoraler Machtfülle haben auch hier wieder gesiegt, ohne eine Antwort auf die Frage zu geben, ob nicht in jeder Struktur Machtmissbrauch möglich ist, im bald bis zu 100% entlasteten Nebenamt, genauso wie im noch abgelehnten 100% Hauptamt?

### **Von dienenden Pfarrern und Putzfrauen – in nicht dienlicher Gleichheit**

Ein Thema, welches an vielen Stellen der Subtext in den Diskussionen auf dieser Landessynode war, ist die Frage, in welchen Strukturen Leitung organisiert und mit Macht transparent umgegangen wird. Hier kollidieren unterschiedliche Leitbilder, die in einer presbyterial-synodal organisierten Kirche einer selbstkritischen Überprüfung bedürften, besonders unter der Frage wie es mit Anspruch und Wirklichkeit aussieht und welche Organisationsform zukunftsfähig ist, um den Systemwechsel von einer am Tropf der Kirchensteuer hängenden Volkskirche zu einer Minderheitenkirche zu vollziehen.

Ich halte dabei fest am Bild des Apostels Paulus von dem einen Leib und seinen vielen Gliedern, welches für mich bei aller Gleichwertigkeit der Glieder dennoch den aufrechten Gang eines kritisch geregelten „Oben und Unten“ beinhaltet, also eine bevollmächtigte Form von Leitung und Verantwortung kennt, samt der dazugehörigen Dialektik, „wer unter euch groß sein will, der sei euer Diener“ (Mt. 20,26). Stattdessen dominiert zur Zeit in unserer Kirche eine, die vorhandenen Machtverhältnisse verschleiende ‚Ideologie der Gleichwertigkeit‘. „Wir sind alle Diener und Dienerinnen am Wort Gottes vom Pfarrer bis zur Putzfrau“ lautete in diesem Geiste der Kommentar von Vizepräsident Dräger auf der Landessynode 2003 bei der Vorstellung der neuen Kirchenordnung. Argumentativ wird dabei je nach Bedarf in die theologische Trickkiste gegriffen, wenn manch einer behauptet mit unseren Beschlüssen endlich das Priestertum aller Gläubigen umzusetzen. Wenn hier schon ausnahmsweise einmal Luther herhalten muss, dann bitte auch in anderen Zusammenhängen. Auch die einseitige Überstrapazierung von Barmen IV als theologische Argumentationsbasis für die neue Kirchenordnung und die Verlautbarung zu Ordination und Amt bleibt problematisch. „Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes. Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem Dienst besondere, mit



Herrschaftsbefugnissen ausgestattet Führer geben oder geben lassen“ (BTE IV). In Barmen ging es um die Abwehr einer unzulässigen Bemächtigung der Kirche durch ein totalitäres System von Herrschaft und Führung. Barmen lässt sich jedoch nicht so einfach zitieren und bis in die Begrifflichkeiten eins zu eins übersetzen in die komplizierten Fragestellungen unserer Gegenwart. Trotz, mit und nach Barmen bleibt zu klären, wie wir gegenwärtig und zukünftig eine evangeliumsgemäße Form kompetenter und praktikabler Gemeinde-, Kirchenkreis- und Kirchenleitung weiterentwickeln. Darum gilt es weiter zu ringen und dabei müssen wir es auch aushalten, dass Meinungen eingespielt werden, die zur Zeit vielleicht nicht in die „rheinische correctness“ passen.

### **Es gilt ein frei Bekenntnis – von der Halbwertzeit kirchlicher Entwicklungen**

Es gäbe noch viel zu schreiben, von den Pausengesprächen oder den Nächten in der Bayerischen Botschaft, dem Ort, an dem kirchenpolitische Entscheidungen mitgeschmiedet und begossen werden. Nach ein paar Bierchen gibt es hier dann tatsächlich so etwas wie den ‚herrschaftsfreien Dialog‘. Dabei stimmte mich manche Resignation von Menschen nachdenklich, deren Meinungen nicht in den Mainstream dieser Kirche passen. Anderen war ihre Sorge um ihre Zukunft abzuspüren, wenn sie ehrlich sagen würden, was sie denken, oder manch einen verließ der Mut, es sich bei den offenen Abstimmungen nicht mit der Mehrheit zu verscherzen. Vielleicht wäre es bei kontroversen Entscheidungen ehrlicher, schriftliche Abstimmungen durchzuführen. Was ist zu tun, nicht nur auf der Landessynode, sondern in dieser, unserer rheinischen Kirche? Mehr Mut zum offenen Gespräch finden und sich nicht zu selbstgefällig auf die viel zu oft beschworene rheinischen Eigenart zurückziehen, die bestehende Meinungsunterschiede und Machtverhältnisse manchmal mehr verschleiert als offen legt. In diesem Zusammenhang ist auch die Fülle der theologischen Traditionen dieser Kirche wieder stärker zur Geltung bringen. Gerade eine zukunftsfähige Kirche braucht den Saft für die vor uns liegenden Aufgaben aus den vielfältigen Wurzeln unserer

verschiedenen Bekenntnistraditionen. Und wo darüber hinaus hinter den vorgetragenen Positionen andere Ideologien oder Überzeugungen als Argumentationshilfen dienen, wäre es hilfreich diese offen zu legen. An dieser Stelle setzte ich ausnahmsweise doch auf die rheinländische Eigenwilligkeit, die sich nicht dauerhaft in geschlossene Systeme, welcher Prägung auch immer, zwingen lässt. In unserer Kirche feiert mit über dreißig Jahren Verzögerung eine Ideologie der „Herrschaftsfreiheit“, gepaart mit reformierten Ideen und einer einseitigen Auslegung von Barmen verspätet ihre Erfolge. Das ist wohl die übliche Halbwertzeit für kirchliche Veränderungen. Ich bin mir sicher, dass der Weg von einem Agieren in geschlossenen Systemen hin zu einem offenen Diskurs über die brennenden Fragen nach der Zukunft unserer Volkskirche auf Grund der rapide sich verändernden Rahmenbedingungen nicht so lange brauchen wird.

*Synodaler Siegfried Eckert 118,  
im Kollegenteam befindlicher Dorfpfarrer am  
Stadtrand von Essen, mit allerlei sozialen  
Brennpunkten. Dahlhauser Str. 161a 45279  
Essen Tel. 0201/534391 [s.eckert@freenet.de](mailto:s.eckert@freenet.de)*

### **IMPRESSUM**

**„INFO“-Brief** – Mitteilungen des Ev. Pfarrvereins im Rheinland e. V.

Herausgeber: Ev. Pfarrverein im Rheinland e. V., Pfarrer Friedhelm Maurer (Vorsitzender), Panzweilerstraße 38, 55490 Gemünden.

Redaktionsteam: Asta Brants, Peter Stursberg, Matthias Weichert.

Zuschriften bitte an:

Peter Stursberg, Auf dem Born 25, 56579 Rengsdorf  
eMail: [Peter.Stursberg@gmx.de](mailto:Peter.Stursberg@gmx.de).

Druck: Heinrich-Haus, Werkstatt für behinderte Menschen, 56566 Neuwied

Versand und Adressenverwaltung: Geschäftsstelle des Ev. Pfarrverein im Rheinland, Pfr. i. R. Gerhard Rabijs, Carl-Hellermann-Str. 29, 55590 Meisenheim  
EPIR im Internet: [www.epir.de](http://www.epir.de).

Namentlich versehene Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin wieder und stellen nicht zwangsläufig eine Position des Pfarrvereins dar.

## Wartestand - eine Lebenssituation zwischen Depression und Hoffnung

**„Die auf den Herrn harren, kriegen neue Kraft.“ (Jes. 40,31)**

Ich kann mir vorstellen, dass es vielen von uns nicht leicht fällt, dieses Wort in sich hinein zu lassen. Warten auf eine neue Aufgabe in unserer Kirche, warten auf eine neue Lebensperspektive, warten gegen das Gefühl des Ausgeschlossen-Seins, nicht mehr gebraucht zu werden, nicht mehr dazu zu gehören - das bringt Erfahrungen mit sich, Infragestellungen und die Versuchung, in die Depression abzutauchen. Was nützt mir mein Beruf, meine Erfahrung im Umgang mit Menschen, wenn ich keine Stelle, keine Arbeit mehr habe, wenn ich immer häufiger verschlossene Türen erlebe - und der grassierende Geldmangel gibt eine so plausible Rechtfertigung für das Verschließen der Türen - wie komme ich mit der Verringerung meiner materiellen Möglichkeiten zurecht?

Eine zeitlang mochte ich ja noch ganz froh sein, erst einmal Ruhe zu haben, Ruhe und Abstand von belastenden Erfahrungen in meinem alten Arbeitsumfeld, Konflikten, Verletzungen und Umgangsweisen, die es nach dem Evangelium in unserer Kirche gar nicht geben dürfte und die, um das Bild nach außen zu wahren, unter der Oberfläche mit doppelter Schärfe und Brutalität geführt wurden. Vielleicht waren wir Objekte von Mobbing oder haben es mit uns machen lassen, vielleicht hatten wir einfach genug und fühlten uns bis in unsere Grundfesten hinein erschüttert. Angst und Befreiung wurden Wegbegleiter meiner Befindlichkeit - ich bekomme sie wesentlich ungeschminkter zu Gesicht und bin gezwungen, nach einer neuen inneren Balance zu suchen. Manchmal will es mir so scheinen, als ob wir so etwas wie Symptomträger für unsere ganze Kirche sind, lebende Testpersonen, an denen zu sehen ist, wie es einer Kirche geht, der viele Mitglieder und noch mehr das Geld davonlaufen. Ich persönlich erlebe diese Zeit als eine deutliche Herausforderung meines Gottvertrauens - jetzt entscheidet es sich für

mich, ob ich mich mehr von der Angst vor der Zukunft regieren lasse und meine Verzweiflung und meinen - oft berechtigten - Zorn auf die große Mutter Kirche und ihre - menschlich oft der Aufgabe nicht gewachsenen - Verwalter projiziere oder zuerst mit allem Ernst und aller Kraft nach dem frage, was mich persönlich am deutlichsten bewegt, herausfordert und sich als neuer Weg abzeichnet.

Ich musste auch daran denken, dass ich in den vergangenen Jahren überhaupt nichts von Wartestand wissen wollte. Bloß nicht dran denken, bloß nicht dran rühren. Die Scham über den „Stempel“, zu den nicht mehr Genügenden, den Aussortierten zu gehören, sie nagte an meinem Selbstwertgefühl, rührte an meinem Stolz als evangelischer Geistlicher und ließ mich die drohende Ausgrenzung verdrängen. Folglich beschäftigte ich Ärzte und Rechtsanwälte - erst spät fand ich wieder das Zutrauen, auch geistlichen Beistand zu suchen. Vorherrschend blieb aber das Gefühl, du stehst mit deinem Problem mutterseelenallein da: Ein Zwerg vor einem Berg.

Erstaunlich nur, dass mit mir doch etwas geschah: Ich gelangte wieder in das Gespräch mit mir selbst, ja gewann bisweilen geradezu einen freundschaftlichen Umgang mit mir und verspürte eine neue Gelassenheit und eine neue Offenheit für das Leben - ganz einfach so, wie es mir begegnet. Heute kann ich ohne große Scheu sagen, ich bin arbeitsloser Pastor und suche eine neue Aufgabe. Ich beginne zu verstehen, warum sich Menschen, die sozial engagiert sind, darüber aufregen, dass unsere Kirche, die uns immer noch - wenn auch mit „Strafzoll“ - bezahlt, nicht wieder einsetzt oder doch zumindest so aktiv begleitet, dass wir unseren Weg finden. Die „Fachinstitution für Menschliches in dieser Gesellschaft“ versagt offenbar bei ihrem eigenen Personal.

Was uns bleibt sind nicht zuletzt die Kräfte, die in uns schlummern und auf ihre Entbindung warten. Manchmal träume ich davon, dass wir ein verborgener Schatz dieser Kirche sind oder auch Vorboten einer notwendigen Veränderung - da könnten sich Türen öffnen, die aus den Letzten die Ersten machen. Was fehlt uns dazu?

„Die auf den Herrn harren, kriegen neue Kraft“  
- sagt Traugott Giesen mit Jesaja und er fährt fort: „Sie setzen darauf: Das Leben ist im Kern uns zugewandt, ist uns gut. Sie sehen die Wirklichkeit mit anderen Augen, nicht wie ein Warenhaus, in dem sich jeder die besten Sachen rausholt, sondern Leben ist ihnen wie ein Netz, das Gott knüpft, wie ein Baum und wir die Zellen, wie ein Leib und wir die Glieder. Leben ist denen, die auf den Herrn harren, nicht eine seelenlose, geheimnislose Maschine, angetrieben von Zufällen, sondern Leben ist Schöpfung, Werk, Projekt, getrieben vom Willen Gottes, mit Spielraum für menschlichen Willen. Und so quertreiberisch unser Wille auch ist, er muss doch letztlich Gottes Mühlen treiben. Das gebe dir neue Kraft, dich einzufinden ins Gelingen.“

*Helmut Tröber*

*(mit freundlicher Genehmigung übernommen  
aus dem Mitteilungsblatt „FORUM“ des  
Vereins der Pastorinnen und Pastoren in  
Nordelbien e. V.)*

### **Neue Mietwertfestsetzungen für Pfarrhäuser und Pfarrdienstwohnungen**

Mittlerweile müssten die ersten Bescheide mit neuen Mietwertfestsetzungen durch das LKA zugestellt worden sein. Diesbezüglich wurden auch immer wieder Anfragen an den Vorstand gerichtet, da es sowohl Erhöhungen als auch Absenkungen gibt. Falls sich Klärungsbedarf ergibt, stehen wir weiterhin gerne beratend zur Verfügung.

### **Leserbrief zum Thema Sparen, hier Kürzung der Pensionen**

Anke Balling, Erikastr. 31 46117 Oberhausen.

Ich bin kein Pfarrer und keine Pfarrerin, auch keine Witwe, aber seit etlichen Jahren als Pfarrfrau sehr engagiert, was die Witwenbezüge betrifft. Da fand ich es schon immer ungerecht, dass die Witwe nur 60% von der Pension des Pfarrers bekam, während er als Witwer seine 75% weiter erhielt. Wieso braucht eine Frau weniger als ein Mann? Mit welcher Begründung, geschweige denn Berechtigung werden solche Bestimmungen erfunden? Wo bleibt der Gleichheitsgrundsatz?

Ich habe schon vor Jahren gesagt, wenn schon gespart werden müsse, dann könnten ja beide, Witwe und Witwer auf eine Höhe gestellt werden, etwa 68%! Der Aufschrei und Protest kam natürlich von den Männern. Nun sind die Witwenbezüge auf 50% gesenkt worden, 50% von den 71,75% der Pfarrpension!

Wenn die Pfarrpensionen, die wirklich so hoch sind, dass man als Familie gut davon leben kann, um 3 ¼ % gekürzt werden, kommt Protest. Wenn die Bezüge der Witwen, die ja sowieso nur einen Bruchteil bekommen, um weitere 10% gekürzt werden, höre ich nichts. Ich sehe daraus, dass wieder einmal die Arbeit der Frau, in diesem Fall der Pfarrfrau immer weiter abgewertet wird ( die kann ja mit noch 10% weniger auskommen!) Ich möchte aber, dass meine Arbeit an der Seite meines Mannes und an der Seite der Gemeinde aufgewertet und anerkannt wird! Bei solchen Gesetzen kann ich allen Frauen, die einen Pfarrer heiraten, nur raten, nie in ein Pfarrhaus zu ziehen. Dann hat sich die Diskussion ums Pfarrhaus bald erledigt.

Die jüngeren Frauen von Pfarrern verzichten ja auch nicht mehr auf einen eigenen Beruf und tun, was ihre Rente betrifft, gut daran. Aber im Blick auf das große Problem der Arbeitslosigkeit fände ich es hilfreich, es würde das ehrenamtliche Unterstützen seitens der Pfarrfrau attraktiver gemacht. Wenn wir mehr Pfarrmänner hätten, die auf einen eigenen Beruf verzichten, die würden sich solche Erniedrigung nicht gefallen lassen!

## **Einladung zum 35. Rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag**

Liebe Schwestern und Brüder!

Herzlich lade ich Sie im Namen des Vorstandes des Ev. Pfarrvereins im Rheinland zu unserem diesjährigen Pfarrerinnen- und Pfarrertag ein.

Die demokratische „offene Gesellschaft“ (Karl Popper), die in unserem Land bislang mit Prosperität einherging, scheint heute bedroht.

Die wirtschaftlichen Probleme geben den ohnehin immer vorhandenen fundamentalistischen Ideologien Auftrieb. Hinzu kommt ein Mangel an gemeinsamen Werten in unserer Gesellschaft. Menschlichkeit und Barmherzigkeit bleiben oft auf der Strecke.

Vergebung und Versöhnung sind „out“.

Wer absoluten Wahrheits- und Machtanspruch erhebt, toleriert keine „Irrtümer“ und wird fanatisch vermeintliche Fehler verfolgen . . .

In einem Klima der Einschüchterung kommt es zu Risikoscheu vor notwendigen Reformen und zur ängstlichen Anpassung an die Vorgaben der Macht. Allmählich können sich so wieder autoritäre Strukturen etablieren, die den Menschen entmündigen und unterdrücken.

Auch in unserer Kirche ist man nicht frei von diesem Ungeist eines vereinnahmenden Gruppendrucks und diskriminierender Isolierung derer, die sich – mit gutem Recht, nämlich dem Recht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit des Menschen – nicht einfach fügsam verhalten wollen.

Wir freuen uns, dass wir als Referenten zum Thema Herrn Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier, den Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden, gewinnen konnten, und laden ein zum offenen Diskurs!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Friedhelm Maurer (Vorsitzender)



## **75%-Stelle – Warum bewerbe ich mich darauf?**

### **Ansichten eines Pastors im Sonderdienst**

Volle Arbeit bei gekürztem Gehalt, so wird die Stellenkonstruktion gerne zusammengefasst, die unsere Landeskirche wie ein immer dichter werdendes Netz überzieht. Im Folgenden fasse ich ein paar Aspekte zusammen, die für mich im Zusammenhang mit der Bewerbung auf eine solche Stelle eine Rolle spielen – und mich von Zeit zu Zeit doch dazu bringen, mich auf eine 75%-Stelle zu bewerben.

Es ist eine Binsenweisheit, dass man beim eingeschränkten Dienstverhältnis meist doch die volle Arbeit leistet. Dennoch will ich auch Vorteilhaftes daran nennen: Einige Bereiche sind durch die kleinere Zahl an Gemeindegliedern tatsächlich eingeschränkt (Amtshandlungen, Geburtstagsbesuche etc.). Das gibt die Möglichkeit, mit seinem Dienst „fertiger“ zu werden, als dies in einer vollen Stelle möglich ist. Vieles, was man sonst aus Zeitgründen liegen lässt (Besuche, besondere Kreise oder Gottesdienste etc.), lässt sich nun durchführen. Man ist mit seiner Arbeit also vielleicht zufriedener.

Der Fairness halber ein weiterer Aspekt: Dass 75% nicht mit 30 Stunden (und 100% nicht mit 40 Stunden) gleichzusetzen sind, ist mir verständlich. Ein vergleichbarer Arbeitnehmer (volle Stelle), der sich in der Gemeinde engagiert, kommt zusammengerechnet auf 40+x Stunden. Ein Pfarrer würde sich, hätte er einen anderen Beruf, sicherlich ebenfalls ehrenamtlich engagieren. Der Dienst des Pfarrers umfasst so gesehen jene 40+x Stunden. Ein Arbeitnehmer, der eine 75%-Stelle hat, wäre eventuell bereit, sich in der Zeit, die er zusätzlich zur Verfügung hat, noch stärker in seiner Gemeinde einzusetzen. Für einen 75%-Pfarrer ist es nun die Frage, ob er die Parallele ziehen möchte und sich über die 75% hinaus verstärkt ehrenamtlich einbringen will. Was hierbei freilich ungeklärt ist: Ehrenamtliche Arbeit ist freiwillig, kann also von der Gemeinde nicht eingefordert werden. Der Gemeinde wird allerdings nicht deutlich sein, wann ihr Pfarrer „dienstlich“ und wann „ehrenamtlich“ im Einsatz ist. Wer sich

auf diese Konstruktion einlässt, muss sich also darüber im klaren sein, dass er als Auch-Ehrenamtlicher unter Umständen so behandelt wird, wie er selbst die Ehrenamtlichen in seiner Gemeinde nicht behandeln sollte. Ich weiß bei meiner Bewerbung auf eine 75%-Stelle, dass ich diese Spannung dienstlich-ehrenamtlich gegebenenfalls aushalten muss. Freilich gilt dies auch für den 100%-Pfarrer, wenn er seine über 100% hinausgehende Arbeit als ehrenamtlich versteht.

Auch die Finanzseite ist zu bedenken. Ich selbst bin im Sonderdienst und tue bei einem 80%-Gehalt ganz offiziell 100% Arbeit. Mir tut ein solcher Wechsel auf eine 75%-Stelle deshalb vielleicht nicht so weh wie einem Pfarrer z.A., der tatsächlich vom vollen Gehalt herabsteigt. Die Rechnung, ob das Gehalt reicht, sieht für jeden anders aus. Nach Abzug der Steuern ist der Unterschied zwischen 75% und 100% nach Auskunft betroffener Kollegen verhältnismäßig gering (300 € sagte mir jemand). Zu bedenken ist aber nicht nur die Summe, die ausgezahlt wird, und die Frage, wie viel Geld in Zukunft nötig sein wird (etwa wenn noch weitere Kinder kommen bzw. die Kinder älter werden), sondern auch die Zahl der Dienstjahre, die für die Versorgung zusammenkommen. Nun gut, ich habe mit 24 Jahren Examen gemacht, da kommt es nicht ganz so dicke. Aber auch dies will eben bedacht sein.

Ein weiterer Zukunftsaspekt: Wie sehe ich die Pfarrstelle, auf die ich mich bewerbe? Wenn es stimmt, dass es in wenigen Jahren kein Problem ist, an eine – auch volle - Pfarrstelle zu kommen, kann das bedeuten, dass ich nach den vorgeschriebenen fünf Jahren aus Vernunftgründen schon an meinem Wechsel basteln sollte. Eigentlich will ich das nicht, denn nach Vikariat, Hilfsdienst und zeitlich begrenztem Sonderdienst möchte ich nun endlich wissen, wohin ich gehöre. Hierzu werde ich – falls ich bei 75% lande – allerdings die Entwicklung abwarten können, denn diesmal wäre mir der Wechsel nicht durch das Auslaufen einer Stelle vorgegeben, sondern er wäre samt seinem Zeitpunkt selbst gewählt. Inzwischen ist es nach Ablauf von 10 Jahren ohnehin nicht mehr selbstverständlich, dass man seine Stelle behält.

Nun haben für mich als Sonderdienstler Bewerbungen manchmal noch einen anderen unangenehmen Beigeschmack. Als ich mich vor sechs / sieben Jahren aus dem Hilfsdienst kommend um eine Pfarrstelle bewarb, gab es Presbyterien, die dies als naseweis ansahen und meinten, ich solle doch erst einmal Sonderdienst machen. Anscheinend hatten einige den Sonderdienst dahingehend missverstanden, dass er vor der Übernahme einer Pfarrstelle verpflichtend sei. Nun, wo es nur noch wenige Sonderdienstler gibt, mutet es schon grotesk an, wenn ich bei einer Pfarrerrwahl von einem Pfr. z.A. überholt werde, den man offensichtlich nicht erst auf den Sonderdienst verwies. Ich bin zwar froh, kein Pfr. z.A. zu sein und bewerbungstechnisch unter ungeheurem Zeitdruck zu stehen. Ich bin in der fünfjährigen Verlängerung und habe noch mehrere Jahre Zeit. Dennoch erscheint mir die Konstruktion Sonderdienst als Provisorium – für das ich dankbar bin: Kollegen in anderen Landeskirchen bleiben arbeitslos. Aber es wird für mich auch Zeit, in „solides“ Fahrwasser zu kommen und eine Pfarrstelle anzutreten. Auch eine 75%-Stelle sähe ich als solch solides Fahrwasser an.

Ein Verdacht legt sich mir schließlich nahe: In meinem ungünstig gelegenen Examensjahrgang war es normal, als Anfängerstelle eine Sonderdienststelle zu haben. Nur eine Handvoll Examenskollegen bekamen sofort eine Pfarrstelle. Jetzt, im Zeitalter des auslaufenden Sonderdienstes, scheint sich die 75%-Stelle als Nachfolgekonstruktion für Anfänger abzuzeichnen. Meinem Examensjahr wäre es zuzuschreiben, zusammen mit vielen anderen beide Anfängerkonstruktionen durchlaufen zu müssen. Ich hoffe deshalb, dass sich bei Antritt einer 75%-Stelle nicht in einigen Jahren wieder der Wunsch Bahn bricht, „in solides Fahrwasser zu kommen“.

Fazit: Sollte ich eine 75%-Stelle in einer Gemeinde bekommen, wäre ich froh. Denn ich bin mit dem Ziel Pastor geworden, Gemeindepfarrer zu werden. Ich hoffe, dass ich in dem Fall ein Presbyterium habe, mit dem ich partnerschaftlich zusammenarbeiten kann. Dies ist bei einer Stelle im eingeschränkten Dienst mindestens so wichtig wie sonst schon. Es ist gut möglich, dass es mir dann ein Anliegen sein

wird, voll für die Gemeinde dazusein, um mich – wenn auch im eingeschränkten Dienst – so doch als ganzer Pfarrer zu fühlen.

**Anmerkung:** *Wir kennzeichnen diesen Artikel nicht mit einem Namen, da der Autor, die Autorin sich in der Zukunft in der Bewerbungssituation befinden wird. Der Autor / die Autorin ist uns aber bekannt.*

*Das Redaktionsteam*

## **Ermutigung für den Pfarrdienst**

Seit 1983 veranstaltet die Konferenz der Europäischen Pfarrverbände alle drei Jahre einen Europäischen Pfarrkongress. Vom 4.-8. September fand er in diesem Jahr in Dänemark statt. Tagungsort war das Loegumkloster, ein ehemaliges Zisterzienserkloster, das heute Ausbildungs- und Fortbildungszentrum der Dänischen Volkskirche ist.

Als Vorsitzender des Ev. Pfarrvereins im Rheinland gehörte ich der deutschen Delegation an. Ca. 50 Pfarrerrinnen und Pfarrer aus ganz Europa – von Finnland bis Italien, von Frankreich bis Rumänien – nahmen an der Konferenz teil. Zum erstenmal war auch ein Pfarrer aus Estland dabei. Die Tagung stand unter dem Thema: „Zusammen mit Christus lebendig gemacht“ (Epheser 2, 5b) – „Impulse des biblischen Auftrags für unseren Pfarrdienst in Europa“.

Die „Konferenz der Europäischen Pfarrvereine“ (KEP) vertritt die Vereine/Verbände der Pfarrerrinnen und Pfarrer der reformatorischen Kirchen in Europa unter dem Gesichtspunkt von gegenseitigem Austausch und geschwisterlicher Hilfe. Zur „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK) besteht eine assoziierte Mitgliedschaft, um insbesondere an den Fragen der Gestaltung von Pfarrdienstrecht, von theologischer Ausbildung und Fortbildung im europäischen Kontext mitwirken zu können.

Seit 2001 ist ein Pfarrer aus Deutschland, Gerd Rainer Koch, Präsident der KEP; die weiteren Mitglieder des Präsidiums kommen derzeit aus Dänemark, England, Frankreich, Niederlande,

Norwegen, sowie aus der Schweiz und aus der Slowakei.

Mit Interesse und Spannung hörte ich die Berichte der Brüder und Schwestern aus den einzelnen Ländern, die die gegenwärtige kirchliche Situation insgesamt sowie die besonderen Umstände des Pfarrdienstes in ihren Kirchen reflektierten. Bei großen Unterschieden gab es doch auch sehr viele Gemeinsamkeiten. Und ähnliche Problemstellungen lassen fragen, ob man nicht eine gemeinsame europäische Antwort finden kann!

Die Skandinavier finden sich in einer – noch staatlich geförderten – Volkskirche wieder, müssen dabei allerdings einräumen, dass die allgemeine Säkularisation auch den Norden Europas erreicht hat. So hat z.B. die Kirche in Finnland, wo immerhin noch ca. 85% der Einwohner der lutherischen Volkskirche angehören, in den letzten Jahren einen Mitgliederverlust zu verzeichnen – in einer Stadt wie Helsinki gehören nur noch 65-70% zur Kirche. Das Verhältnis Staat – Kirche wird sehr diskutiert, und es ist die Frage, ob die privilegierte Stellung der Kirche wie in Norwegen und Dänemark noch auf lange Dauer erhalten bleiben wird.

Aus der Schweiz wird auch von Kirchenmitgliederschwund berichtet – und infolge davon von finanziellen Problemen. Das Geld wird überall weniger, so scheint es. Pfarrstellen werden abgebaut und das Prestige des Pfarrberufs geht zurück.

Noch einmal anders die Erfahrungen aus Osteuropa: hier gibt es – nach wie vor – finanzielle Sorgen, die auch weiterhin eine Evangelische Partnerhilfe aus dem Westen notwendig erscheinen lassen, aber gleichwohl herrscht doch Freude und Aufbruchstimmung nachdem die kommunistische Diktatur, die in all den langen Jahren gerade auch die Kirchen, die Gemeinden und ihre Pfarrerinnen und Pfarrer so bedrückt hat, überwunden ist.-

Umso trauriger ist es, wenn jetzt die Pfarrerschaft von der eigenen Kirchenleitung bedrängt wird, wie das in der Slowakei der Fall war (ist). Hier musste der Staat (!) eingreifen und dem Bischof den Zugriff auf die Satzung des Pfarrvereins untersagen, da dies einen

nichtzulässigen Eingriff in staatlich garantiertes Vereinsrecht bedeute! (Vgl. zu dem Konflikt das Deutsche Pfarrblatt 8/2003, S. 426f.). Die Pfarrerschaft, zu 95 % im Pfarrverein organisiert, fühlt sich an marxistische Gleichschaltung zurückerinnert. Immerhin scheiterte der bischöfliche Versuch, Mitglieder des Pfarrvereins aus kirchlichen Gremien zu entfernen; auch fand die intendierte Verfassungsänderung nicht die erforderliche Synodenmehrheit.

Wiederum andere Aspekte des Pfarrdienstes wurden in den Berichten der Kolleginnen und Kollegen benannt, die in Ländern mit protestantischer Minderheit leben, z.B. Polen, wo bei ca. 40 Millionen Einwohnern nur 120.000 evangelisch sind. In Portugal arbeiten Pfarrer in Teilzeit, wobei sie einen weltlichen Beruf ausüben. In Frankreich sind die Muslime zahlenmäßig an die zweite Stelle hinter die Katholiken gerückt. Mit Humor drückte es der französische Kollege, Pfarrer Evert Veldhuizen so aus: „Die Protestanten fühlen sich in Frankreich wie Asterix - ein kleines Dörfchen – und es widersteht!“

In Belgien, wo auch nur eine sehr kleine protestantische Kirche existiert, gibt es noch keinen organisierten Pfarrverein.

Leonardo Magri aus Italien berichtete von neuen Formen der Spiritualität, die aus Afrika und Asien einströmen. Die Kirche der Waldenser und Methodisten, in den 70-iger Jahren zusammengeführt, habe zunehmend wirtschaftliche Probleme, so dass z.B. Krankenhäuser an den Staat verkauft werden müssten, da kein Geld mehr für den Unterhalt vorhanden sei.

Robert Hampson aus London forderte für seine anglikanische Kirche, in der der durchschnittliche Gottesdienstbesuch bei ca. 6% – 7% liege, mehr Enthusiasmus und Dynamik. Im religiösen Supermarkt unserer Zeit müsse die Kirche etwas bieten, „was fester ist“ als das, was andere bieten: „Wir müssen als Kirche neu anfangen wie im 4. Jahrhundert.“

In den Niederlanden wird zur Zeit neben den Auswirkungen der Kirchenfusion vor allem die



Frage der Arbeitszeit von Pfarrerinnen und Pfarrer diskutiert. Dabei ist eine Jahresarbeitszeit von 1680 Stunden im Gespräch (eine Zahl, die aus dem Hochschulbetrieb kommt). Der Pfarrverein organisiert sich hier immer mehr gewerkschaftlich und ist dabei, seinen Mitgliedern ein Aktionsprogramm vorzulegen.

Aus Deutschland berichtete der Verbandsvorsitzende Klaus Weber. Von den 82,5 Millionen Einwohnern seien noch 2/3 Christen, 26,2 Millionen Evangelische, 26,4 Millionen Katholiken. Im Westen seien noch 76% Kirchenmitglieder, in den östlichen Bundesländern nur noch 28%. Ein massiver Rückgang der Kirchensteuer, bedingt durch Mitgliederschwund, Konjunkturschwäche und Steuerreform, führe zu Einsparungen, gerade auch bei Pfarrstellen. Pfarrerinnen und Pfarrer würden von vielen vor allem als Kostenfaktor gesehen. Die Zahl der Theologiestudentinnen und Theologiestudenten sei stark rückläufig. In den Pfarrvereinen beobachte man, dass immer mehr Druck auf Pfarrerinnen und Pfarrer ausgeübt werde, etwa durch Befristung des Pfarrdienstes, durch immer mehr Reglementierungen. In das überkommene Pfarrbild sei massiv Eingriff genommen worden.- Im Unterschied zur Institution Amtskirche, die schlechte Vertrauenswerte bei der Bevölkerung habe, seien Pfarrerinnen und Pfarrer dagegen noch hoch angesehen. Von den rund 20.000 Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland seien ca. 75%-80% in Pfarrvereinen organisiert. Der Dt. Pfarrerinnen- und Pfarrertag, zuletzt in Kiel mit 750 Teilnehmer/innen, werde sehr gut angenommen, er finde Ende September 2004 in Magdeburg statt, wo dann ja auch wieder einige Gäste aus Europa erwartet würden.

In den Vorträgen von Dr. Anders Klostergaard Petersen und von Prof. Theodor Joergensen, beide aus Dänemark, wurden die biblischen Impulse des Epheserbriefes exegesiert mit dem Ziel, Anregungen für unseren Pfarrdienst in Europa zu finden.- Pfarrer-Sein und Pfarrerin-Sein in den komplexen Verhältnissen unserer Zeit ist gewiss schwer - so der Tenor. In der modernen Mobilität wird geistige Mobilität gefordert, vom Pfarrer und von der Pfarrerin

wird Wegbegleitung erwartet. Der Pfarrer und die Pfarrerin sind so etwas wie „Botschafter in neue Kontexte“. Zusammenarbeit wird dabei wohl immer wichtiger und notwendiger werden. Gerade hierbei erfüllen die Pfarrvereine einen unentbehrlichen Dienst. Gemeinsame Herausforderung ist und bleibt die Erhaltung der Unabhängigkeit des Pfarrberufes im Interesse der Freiheit der Verkündigung. Daher muss allen Tendenzen, den Pfarrberuf weiter zu reglementieren, ja weiter zu demontieren, Widerstand entgegengesetzt werden. So wurde in der Diskussion in diesem Zusammenhang auch auf den Unterschied zwischen Professionalisierung und Funktionalisierung hingewiesen. Funktionalisierung sei abzulehnen, der Pfarrer/ die Pfarrerin als Funktionär – das gehe schief. Professionalisierung dagegen sei geboten, und das bedeute ein klares Ja zur Theologie, die leider in so manchen Strukturreformdebatten als störend ausgeblendet werde!

In den Tagen im Loegumkloster gab es viel Zeit zur Aussprache und zur persönlichen Begegnung. Kontakte wurden geknüpft und Adressen ausgetauscht, um Verbindung zu halten und zu pflegen. Die Morgen- und Abendandachten, der Gemeindegottesdienst am Sonntag und der Abendmahlsgottesdienst zum Abschluss der Tagung in der wunderschönen Klosterkirche waren mehr als nur der spirituelle Rahmen: in ihnen wurde geschwisterliche Gemeinschaft über Grenzen hinweg sehr dicht erlebt. Auch die Sprachgrenzen fielen kaum ins Gewicht, mal waren die Andachten in Dänisch, mal in Englisch, mal in Französisch, mal in Deutsch.

Liturgisch wurde sogar bisweilen in allen Sprachen gleichzeitig gebetet und gesungen. So erfüllte sich im Vollzug des Europäischen Pfarrkongresses die biblische Verheißung „mit Christus lebendig gemacht“. Tagungen, die in einem solch guten Geist stattfinden, wirken über die Tage des Beisammenseins hinaus, sie geben Ermutigung für den Pfarrdienst.

*Friedhelm Maurer*

## **Eine kleine Rechnung zum Thema: Ist es billiger im Pfarrhaus zu wohnen oder im Eigentum?**

Nehmen wir einmal an, Pfarrer X möchte mit 30 Jahren ein Haus bauen, er hat 0 EUR Eigenkapital, aber möchte seinen Kindern etwas bieten.

Er verschuldet sich mit 250.000 EUR auf 30 Jahre. Dafür erhält er im Großraum Köln-Bonn gerade einmal ein Reihenmittelhaus mit 125 qm Wohnfläche und 200 qm Grundstück.

Um den Kredit zu tilgen, muss er bei 5,5% Hypothekenzinsen monatlich 1.419,47 EUR aufbringen. In den ersten Jahren (8) erhält er als Eigenheimzulage ca. 3.000 EUR einmal im Jahr. Im Laufe von 30 Jahren, hat er und seine Familie 261.011,50 EUR an Zinsen bezahlt und ist im Alter von 60 Jahren schuldenfrei. Bei der hohen Belastung, konnte er kaum Eigenkapital bilden. Jetzt steht aber die grundlegende Renovierung an....

Nun zum Vergleich: Pfarrer X zieht mit 30 Jahren in eine Pfarrdienstwohnung mit Garten und vielen Kinderzimmern. Seine monatliche Belastung als Miete und geldwerten Vorteil berechne ich einmal mit 520 EUR. Dies sind 6.240 EUR im Jahr. In 30 Jahren hat er 187.200 EUR als Miete bezahlt - und kann aus dem Haus ausziehen und sich etwas anderes suchen.

Wenn er die Differenz zu 1.419,47 EUR (Abzahlungsbetrag für das Pfarrhaus), also 899,47 EUR monatlich zur Seite legt und mit 2,5% anlegt - dann hat er am Ende 479.275,53 EUR als Sparguthaben. Für dieses Geld kann er und sie sich eine kleine Wohnung leisten.....

Nun ja, man erbt usw... Aber: rechnen Sie bitte Eigentum nicht schön!

Bei allen Problemen, die das Leben im Pfarrhaus beinhaltet, es ist manchmal auch ein Vorteil, besonders in Ballungsräumen und für Menschen, die nicht erben. Die Kindererziehungsphase in größeren Häusern

und Wohnungen verbringen zu können, ist nicht zu unterschätzen, auch wenn es einige Probleme mit sich bringt. Vielleicht müsste man mit dem Pfarrhaus einfach nur flexibler sein. Anregungen haben wir ja im Verein genug.

*Matthias Weichert*

## **Werbung für den Pfarrverein**

Die Mitgliederentwicklung sehen wir im Vorstand sehr positiv: Es gibt keine Vorstandssitzung, in der nicht neue Mitglieder benannt werden können. Das ist aus mehreren Gründen erfreulich. Je größer der Verein ist, je mehr Mitglieder durch den Verein vertreten werden, desto deutlicher kann er der Kirchenleitung gegenüber Anliegen, Anfragen, aber auch Kritik artikulieren. Durch die anhaltende Entwicklung sehen wir uns längst aus dem Schattendasein getreten.

Auch im Verband der Deutschen Pfarrvereine bekommt das Rheinland ein anderes Gewicht. Wenn die 1000er-Grenze bei der Mitgliederzahl überschritten wird, können wir einen weiteren Vertreter zur Verbandsversammlung entsenden (derzeit 4).

Dass die Mitgliederzahl stetig ansteigt, hängt damit zusammen, dass Kolleginnen und Kollegen immer stärker spüren, dass sie in Krisensituationen kollegiale Beratung und entsprechenden Beistand brauchen. Die Zahl der Fälle, in denen das erforderlich ist, nimmt leider auch stetig zu.

Machen Sie doch daher bitte im Kreis Ihrer Kolleginnen und Kollegen auf den Pfarrverein aufmerksam. Wenn Sie für unsere Arbeit werben möchten, können Sie bei der Geschäftsstelle auch weitere Exemplare des Info-Brief anfordern. Auf der Rückseite dieser Ausgabe finden Sie außerdem eine Beitrittserklärung.

Unterstützen Sie das gemeinsame Anliegen unseres Vereins – und damit auch Ihre eigenen berechtigten Interessen!

*Das Redaktionsteam*

## So erreichen Sie die Vorstandsmitglieder

### Vorsitzender

Pfarrer Friedhelm Maurer, Panzweilerstraße 38, 55490 Gemünden/Hunsrück  
Telefon: 0 67 65/5 57 Fax: 0 67 65/96 04 80  
Email: [Friedhelm.Maurer@t-online.de](mailto:Friedhelm.Maurer@t-online.de)

### Stellvertretende Vorsitzende

Pfarrerin Asta Brants, Königsberger Straße 68, 52078 Aachen  
Telefon: 0 2 41/52 46 39 Fax: 0 2 41/1 80 96 34  
Email: [Brants@Aachen.ekir.de](mailto:Brants@Aachen.ekir.de)

### Geschäftsführer

Pfarrer Gerhard Rabius, Carl Hellermannstr. 29, 55590 Meisenheim (Glan)  
Telefon: 06753/123634 Fax: 06753/123635  
Email: [Gerhard.Rabius@t-online.de](mailto:Gerhard.Rabius@t-online.de)

### Beisitzer

Pfarrer Erwin Krämer, Schillerstr. 4, 46499 Hamminkeln-Mehrhog  
Telefon und Fax: 02857/411487  
Email: [ekraemer@kirche-mehrhog.de](mailto:ekraemer@kirche-mehrhog.de)

Pfarrerin Daniela Rückert-Saur, Simmerner Straße 91, 56075 Koblenz  
Telefon: 0 2 61/5 74 28

Pfarrer Peter Stursberg, Auf dem Born 25, 56579 Rengsdorf  
Telefon: 0 26 34/ 923 300 Fax: 0 40/36 03 922 922  
Email: [Peter.Stursberg@gmx.de](mailto:Peter.Stursberg@gmx.de)

Pfarrer Matthias Weichert, Isarweg 10, 51061 Köln  
Telefon: 0 2 21/1 70 98 60  
Email: [Matthias.Weichert@t-online.de](mailto:Matthias.Weichert@t-online.de)

## Werden Sie doch einfach Mitglied im Evangelischem Pfarrverein im Rheinland!

Pfarrerinnen und Pfarrer zahlen nur 6,- €, Pfarrerinnen und Pfarrer im Probendienst und im Ruhestand 5,- €, Pfarrerinnen und Pfarrer mit eingeschränktem Dienstumfang, Pastorinnen und Pastoren im Sonderdienst sowie Vikarinnen und Vikare zahlen 3,- € (jeweils monatlich) und erhalten dafür:

- einmal im Monat das Deutsche Pfarrerberblatt;
- den Info-Brief des rheinischen Pfarrvereins mit wichtigen Informationen rund um den Pfarrdienst;
- den Zugriff auf geschützte Seiten der WEB-Präsenz im Internet (www.epir.de);
- einmal im Jahr den Pfarramtskalender;
- die jährliche Einladung zum rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag;
- Anteil an einer Rechtsschutzversicherung zur Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Arbeitsverhältnissen sowie aus öffentlich- rechtlichen Dienstverhältnissen hinsichtlich dienst- und versorgungsrechtlicher Ansprüche;
- Beteiligung an Fonds für gezielte Beihilfen für Mitglieder und deren Familie (Studienbeihilfe)
- eine bis zu 15prozentige Ermäßigung für bei der BRUDERHILFE geführte Verträge im Bereich der Kfz-Haftpflicht und Kaskoversicherung sowie der Allgemeinen Unfall-, Hausrats-, Privathaftpflichtversicherung;
- Vermittlung einer Rechtsberatung in dienst- und disziplinarrechtlichen Konfliktfällen.

Unser Verein hat den Zweck, sich für die Pflichten und Aufgaben, Rechte und Anliegen derer einzusetzen, die im Pfarrdienst stehen oder sich auf ihn vorbereiten.

So kommen Sie zu einer Mitgliedschaft: Füllen Sie doch einfach dieses Formular aus und senden Sie es an:

Pfr. Gerhard Rabius, Geschäftsführer des EPiR, Carl-Hellermann-Str. 29, 55590 Meisenheim.

### Antrag auf Mitgliedschaft im Evangelischem Pfarrverein im Rheinland

Name	Vorname	Anschrift
So zahle ich meinen Beitrag:		Dienstverhältnis (bitte ankreuzen!)
<input type="checkbox"/> mtl. Abführung durch gehalt-zahlende Stelle ZGASSt / GVK <input type="checkbox"/> jährliche Abbuchung d. Beitrags von meinem Konto: <input type="checkbox"/> durch eigene Überweisung auf das Vereins-Konto	Personal-Nr.: _____ Kto.-Nr.: _____ Institut: _____ BLZ: _____	<input type="checkbox"/> Pfarrer/Pfarrerin <input type="checkbox"/> Pfarrer/Pfarrerin z. A. <input type="checkbox"/> Ruheständler/in <input type="checkbox"/> _____
Telefon- (und Fax-) Nummer	eMail-Adresse:	Sonstiges:

Meine Mitgliedschaft im Ev. Pfarrverein im Rheinland e.V. soll zum \_\_\_\_\_ beginnen.

Ort

Datum

Unterschrift: